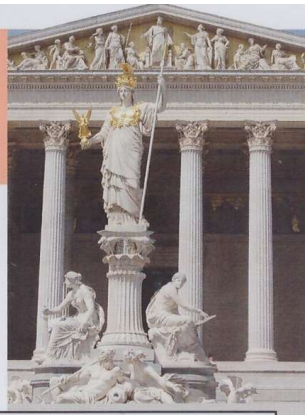
Heimtückischer Anschlag auf das Beamtendienstrecht!



In einem Entschliessungsantrag der NEOS, der anlässlich des Amtsantritts des neuen Bundeskanzlers und der neuen Mitglieder der Bundesregierung im Nationalrat eingebracht wurde, wird die schnellere Angleichung der Beamtenpensionen an die ASVG-Pensionen gefordert.

Die gesamte Opposition hat diesen Antrag unterstützt. Nur ÖVP und SPÖ haben diesen heimtückischen Anschlag auf die Beamten verhindert. Dabei ist es sehr bemerkenswert, dass die FPÖ, die sich sonst gerne als angebliche Unterstützer der Exekutive aufspielt, jetzt den PolizistenInnen, die in den nächsten Jahren in Pension gehen wollen oder müssen, mindestens 20 Prozent ihrer Pension wegnehmen will. Das Ansinnen ist aber auch für die Neos, die Grünen und das Team Stronach genauso verwerflich.

Die gesamte Opposition hat diesen Antrag unterstützt. Nur ÖVP und SPÖ haben diesen heimtückischen Anschlag auf die Beamten verhindert.

Auch die FPÖ, die sich sonst gerne als Unterstützer der Exekutive aufspielt.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:
Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine umfangreiche Reform der Ruhestandsversetzungen aufgrund Dienstunfähigkeit vorsieht, wobei insbesondere eine Angleichung an die Regelungen zur Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz angestrebt werden soll, um auch im Beamtendienstrecht den Grundsatz „Rehabilitation vor Pension" umzusetzen. Ziel soll dabei auch eine schnellere Harmonisierung der Beamtenpensionssysteme mit der gesetzlichen Pensionsversicherung herbeizuführen.